

Wahlprüfstein DIE LINKE

Verband Kinderreicher Familien Deutschland e.V.
Korschenbroicher Str. 83
D-41065 Mönchengladbach

Wahlprüfsteine des Verbands kinderreicher Familien Rheinland-Pfalz

1. Kinderreiche Familien stellen sich mit mehr als drei Kindern einer großartigen Herausforderung, die Lebensfreude, Erfüllung und Sinn stiftet. Viele Kinder bedeuten aber auch hohe Kosten für Bildung, Erziehung und Lebenshaltung. Daher und insbesondere um Mut zum dritten Kind zu machen, fordert der Verband kinderreicher Familien das Kindergeld zumindest für das dritte Kind um 100 € monatlich anzuheben.

Wie steht ihre Partei zu dieser Forderung?

Wir wollen als Sofortmaßnahme das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro erhöhen.

2. In allen Familienformen gibt es kinderreiche Familien. Dennoch sind es vor allem verheiratete Eltern, die sich am häufigsten für drei und mehr Kinder entscheiden. Die Ehe bietet Verlässlichkeit, Treue und Fürsorge. Daher steht sie unter dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes.

Wie steht Ihre Partei zur Ehe und welche Veränderungen planen Sie im Hinblick auf die Ehe?

Wir begrüßen die Öffnung der Ehe für alle, denn die Familie ist für uns dort, wo Menschen Verantwortung für einander übernehmen. Wir möchten gerne das Ehegattensplitting durch ein familienfreundliches Steuermodell ersetzt.

3. Gerade kinderreiche Familien haben einen hohen Wohnraumbedarf. Aufgrund der Zahl ihrer Kinder sind sie häufiger als kleinere Familien auf den Erwerb von Wohneigentum angewiesen, da Wohnungen ihnen keinen Platz mehr bieten und das Mieten von Wohnraum sich nicht rechnet.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Erwerb von Wohnraum insbesondere für kinderreiche Familien zu erleichtern?

Die hohen Grundstückspreise sind die größte Hürde für bezahlbaren Wohnraum. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine Bodenpreisbremse ein. Denn Spekulation mit Grundstücken benachteiligt nicht nur Mieterinnen und Mieter, sondern auch private Bauherrinnen und Bauherren. Statt nur einen Teil der Familien, etwa durch ein Baukindergeld, zu fördern, will DIE LINKE das Kindergeld für alle anheben, unabhängig davon, ob die Eltern zur Miete wohnen oder sich ein Eigenheim leisten wollen oder können.

4. Kinderreiche Familien leisten einen immensen generativen Beitrag zur Stabilisierung des Generationenvertrages. Denn unsere Sozialversicherungssysteme planen fest damit, dass die heranwachsende Generation die heute erwerbstätige Generation über die Sozialversicherungsbeiträge finanzieren wird. Doch kinderreiche Familien erwerben aufgrund ihres Einsatzes zugunsten ihrer Kinder durchschnittlich weniger Versorgungsansprüche als kinderlose Erwerbstätige. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits mehrfach auf diese Ungerechtigkeit hingewiesen.

Was wollen Sie tun, um insbesondere kinderreiche Familien im Sozialversicherungssystem gerechter zu behandeln?

Unser Plan gegen Kinderarmut: 1. Kinderarmut ist »Elternarmut«. Wir kämpfen gegen Niedriglohn und für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt. 2. Gegen Armut von Kindern und jungen Erwachsenen brauchen wir einen eigenständigen Aktionsplan gegen Kinderarmut. 3. Darüber hinaus brauchen Kinder und Jugendliche eine bessere öffentliche soziale Infrastruktur. Diese beinhaltet die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und kostenfreien Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Jedes Kind ist uns gleich viel wert: Aktuell können wohlhabende Eltern für ihre Kinder einen höheren Betrag steuerlich geltend machen als Eltern mit geringerem Einkommen an Kindergeld bekommen. Wir wollen als Sofortmaßnahme das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro erhöhen. In Gegenden mit besonders hohen Mieten wird das Kindergeld – wie die Kindergrundsicherung – im Bedarfsfall durch entsprechend regionalisiertes Wohngeld ergänzt. Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert DIE LINKE gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine eigenständige, individuelle Grundsicherung in Höhe von zu versteuernden 573 Euro monatlich, die bisherige pauschale Geldleistungen für Kinder und Jugendliche zusammenfasst. Die Kindergrundsicherung wird entsprechend der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern angepasst. Sie setzt sich zusammen aus einem monetären Grundbetrag und einem Betrag, der die Mängel der Infrastruktur für Kinder ausgleichen soll. Wenn diese soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche kostenfrei geschaffen ist,

kann die Kindergrundsicherung um den entsprechenden Betrag reduziert werden.

In den Sozialversicherungssystemen gibt es bereits viele Vorteile für Familien mit Kindern, wie z.B. die kostenfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung, pro Kind 3 Punkte in der Rentenversicherung, ein höheres ALG I als ohne Kinder oder geringere Beiträge in der Pflegeversicherung. Daher liegt unser Fokus nicht auf der Sozialversicherung.

5. Eltern erfahren berufliche Nachteile, da sie mehr Zeit in ihre Kinder investieren. Gerade Müttern, die nach einer Familienphase wieder in die Erwerbswelt einsteigen wollen werden häufig keine Chancen gegeben. Andererseits ist die immer häufiger geforderte schnelle vollzeitnahe Doppelerwerbstätigkeit für kinderreiche Familien keine Option. Kinderreiche Familien nehmen vielmehr eine Abwertung ihrer Familienarbeit im Verhältnis zur Erwerbsarbeit wahr.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesellschaftliche Wertschätzung der Familienarbeit im Verhältnis zur Erwerbsarbeit zu steigern und den Wiedereinstieg von Eltern nach einer Familienphase zu erleichtern?

Wir wollen den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden. Daneben wollen wir es für Eltern mit einem Rückkehrrecht auf Vollzeit erleichtern auch zwischendurch einmal nur Teilzeit berufstätig zu sein. Wir wollen Arbeitszeitmodelle schaffen, die Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Eltern erhalten besonderen Kündigungsschutz bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes.

6. Die Kostenstrukturen und Zugänge von Kindern und Jugendlichen zu Bildung, Verkehr und Kultur sind selten auf kinderreiche Familien abgestimmt. Eintrittspreise, Kursbeiträge und Fahrkarten berücksichtigen selten mehr als zwei Kinder oder ignorieren Familien im Gegensatz zu Senioren oder Studenten völlig.

Welche Einwirkungsmöglichkeiten sieht Ihre Partei auf die familienfreundliche Kosten-, Beitrags- und Preisgestaltung von Bildungs-, Verkehrs- und Kulturangeboten?

Wir streiten für eine Gesellschaft, in der sämtliche Leistungen für Bildung, Kinderbetreuung und Erziehung sowie öffentliche Güter wie Mobilität, Kultur und Freizeitangebote nicht nur, aber zuallererst für Kinder kostenfrei zur Verfügung stehen.